

Fach	<b>Internationales Steuerrecht</b>	Gesamtstunden <b>44</b>	<b>Hauptstudium</b>
		Unterrichtsstunden <b>44</b>	Klausurstunden <b>0</b>

<b>Lernziele</b>	<b>Lehrinhalt</b>	<b>LVS</b>
Die grundsätzlichen Fallgestaltungen internationaler Sachverhalte sollen erkannt werden. <sup>(1)</sup>	<b>1 Einführung</b> 1.1 Der internationale Sachverhalt (= Überblick über das Studienfach) 1.2 Verhältnis von nationalem und internationalem Recht 1.3 Qualifikationskonflikte 1.4 Welteinkommen, Wohnsitzbesteuerung, Quellenbesteuerung	2
Die Voraussetzungen und Rechtsfolgen des § 34c EStG sollen (in Grundfällen) von den Studierenden sicher beherrscht werden. <sup>(3)</sup>	<b>2 Einseitige Maßnahmen zur Beseitigung oder Milderung der Doppelbesteuerung</b> 2.1 Steuer-Inländer mit Auslandsinteressen 2.2 Ausländische Einkünfte § 34d EStG 2.2.1 Anrechnung ausländischer Steuern § 34c Abs.1 EStG 2.2.2 Abzug ausländischer Steuern § 34c Abs.2 EStG 2.2.3 Pauschalierung (Hinweis)	6
Die Studierenden sollen das Besteuerungsrecht für die einzelnen Einkunftstypen sicher zuweisen können. <sup>(3)</sup>	<b>3 Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA)</b> 3.1 Rechtscharakter der DBA 3.2 Grundsätze zur Anwendung eines DBA 3.3 Persönlicher Geltungsbereich 3.4 Sachlicher Geltungsbereich 3.5 Aufbau und Wirkungsweise (OECD-Musterabkommen) 3.5.1 Wohnsitz-Besteuerung / Quellenbesteuerung Art. 4 M-DBA	7

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Voraussetzungen für das Vorliegen der beschränkten ESt-Pflicht sollen von den Studierenden geprüft werden können <sup>(2)</sup>	3.5.2 Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen Art. 6 M-DBA	7
	3.5.3 Unternehmensgewinne Art. 7 M-DBA	
	3.5.4 Dividenden, Lizenzen und Zinsen Art. 10-12 M-DBA	
	3.5.5 Einkünfte aus unselbständiger Arbeit Art. 15 M-DBA Einzelheiten zur 183-Tage-Regelung – Künstler und Sportler	
	3.5.6 Künstler und Sportler	
	3.6 Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung Art. 23 M-DBA	
	3.6.1 Befreiungsmethode mit Progressionsvorbehalt	
	3.6.2 Anrechnungsmethode	
	<b>4 Beschränkte Einkommensteuerpflicht</b> § 1 Abs.4 EStG	
	4.1 Ausländer und Inlandsbeziehungen	
	4.1.1 Beschränkt steuerpflichtige Einkünfte § 49 Abs.1 EStG	
	4.1.2 Inländische Einkünfte	
	4.1.3 Ermittlung der inländischen Einkünfte	
	4.1.4 Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag § 1 Abs.3 EStG	
	4.1.5 Besonderheiten bei Angehörigen eines EU-Staates § 1a EStG	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
Die Studierenden sollen in Grundfällen beherrschen, wie sich Verluste aus ausländischen Einkunftsquellen auf das zu versteuernde Einkommen und den Steuersatz auswirken <sup>(2)</sup>	4.2 Isolierende Betrachtungsweise für inländische Einkünfte § 49 Abs.2 EStG	5
	4.3 Steuerabzugsverfahren bei beschränkter Steuerpflicht § 50 Abs.2 EStG	
	4.3.1 Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer	
	4.3.2 Erweiterung des Steuerabzugs durch § 50a	
	4.4 Veranlagte inländische Einkünfte	
	4.4.1 Inländische Betriebsstätte - Gewinnermittlung (Grundzüge)	
	4.4.2 Einkünfte aus selbständiger Arbeit	
	4.4.3 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	
	4.4.4 Andere Einkünfte (Überblick)	
	4.5 Wechsel der Steuerpflicht innerhalb des Veranlagungszeitraums (§ 2 Abs. 7 S. 3 EStG)	
	<b>5 Negative ausländische Einkünfte</b>	
	5.1 Verlustausgleichsverbot / Verlustausgleichsbeschränkung § 2a Abs.1 EStG	
	5.1.1 Anwendungsfälle	
	5.1.2 Verlustvortragmöglichkeit in Folgejahren	
	5.2 Produktivitätsklausel § 2a Abs.2 EStG	
	5.2.1 Nicht-DBA-Einkünfte	
	5.2.2 DBA-Einkünfte	

Lernziele	Lehrinhalt		LVS
<p>Die Studierenden sollen erkennen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Rechtsfolgen sich in bestimmten Fällen ein Wohnsitzwechsel ins Ausland auswirkt. <sup>(2)</sup></p>	<p><b>6</b> 6.1 6.2 6.3 6.4</p>	<p><b>Außensteuergesetz</b>            Problemstellung / Zielsetzungen            Grundsätze / Entstrickungsregelungen allgemein            Behandlung wesentlicher Beteiligungen bei Wohnsitzwechsel ins Ausland            § 6 AStG            Hinzurechnungsbesteuerung            § 7 AStG, (Hinweis)</p>	<p>5</p>
<p>Die Studierenden sollen die Grenzpendlerregelungen eines DBA kennen gelernt haben. <sup>(1)</sup></p>	<p><b>7</b> 7.1 7.2 7.3</p>	<p><b>Sonderproblematik bei Grenzpendlern</b>            Option zur unbeschränkten Steuerpflicht nach § 1 Abs.3 EStG            Rechtsfolgen der Option            Personen- und familienbezogene Vergünstigungen</p>	<p>3</p>
<p>Die Studierenden sollen sich die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit vorstellen können. <sup>(1)</sup></p>	<p><b>8</b> 8.1 8.2</p>	<p><b>Zusammenarbeit mit anderen Staaten (Hinweis)</b>            Verständigungsverfahren            Zwischenstaatlicher Austausch von Auskünften</p>	<p>2</p>

<b>Lernziele</b>	<b>Lehrinhalt</b>	<b>LVS</b>
	<p data-bbox="679 580 1214 651"><b>9            Übungsfälle zum Lehrstoff (Tz. 1 – 8)</b></p> <p data-bbox="700 696 1241 730">Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul data-bbox="663 779 1262 1077" style="list-style-type: none"><li data-bbox="663 779 1262 846">- unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben</li><li data-bbox="663 880 1262 947">- gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte</li><li data-bbox="663 981 1262 1077">- eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte</li></ul>	<p data-bbox="1350 580 1369 613">7</p>

Fach	<b>Körperschaftsteuer</b>	Gesamtstunden	<b>30</b>	<b>Hauptstudium</b>
		Unterrichtsstunden	<b>30</b>	Klausurstunden <b>0</b>

<b>Lernziele</b>	<b>Lehrinhalt</b>	<b>LVS</b>	
<p>Die Studierenden sollen die im G 2 B vermittelten Besonderheiten bei der Einkommensermittlung einer KapGes vertiefen und sicher beherrschen. <sup>(3)</sup></p> <p>Die Besonderheiten der Behandlung von Tantieme- und Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer werden in Grundfällen dargestellt. <sup>(2)</sup></p> <p>Die Gesellschafter Fremdfinanzierung wird in Grundzügen vorgestellt. <sup>(1)</sup></p> <p>Die Behandlung von Beteiligungen an anderen Kapitalgesellschaften (und Genossenschaften) sowie von Ausschüttungen auf diese Beteiligungen soll von den Studierenden beherrscht werden. <sup>(2)</sup></p> <p>Die Studierenden sollen die Voraussetzungen für die Annahme einer verdeckten Einlage kennen und die steuerlichen Folgen bei der Gesellschaft und den Anteilseignern sicher umsetzen können. <sup>(3)</sup></p>	<p><b>1</b> <b>Ermittlung des zu versteuerten Einkommens einer Kapitalgesellschaft</b></p>	13	
	1.1		Behandlung von Gewinn- bzw. Kapitalrücklagen und Gewinnvortrag §§ 266 Abs.3, 272 Abs.2, Abs.3 HGB
	1.2		Beteiligung an anderen Kapitalgesellschaften / Genossenschaften
	1.2.1		Erhaltene Gewinnausschüttungen § 8b Abs.1, Abs.4 KStG
	1.2.2		Veräußerung der Beteiligung § 8b Abs.2 KStG
	1.2.3		Aufwendungen im Zusammenhang mit Beteiligungserträgen / Veräußerungsgewinnen § 8b Abs.5, Abs.3 S.1 - S.3 KStG
	1.3		Besonderheiten bei verdeckten Gewinnausschüttungen, verdeckte Gewinnausschüttungen bei Tantiemen und Pensionszusagen (§ 8 Abs.3 S.2 KStG)
	1.4		Verdeckte Einlagen
	1.4.1		Begriff / Voraussetzungen
	1.4.2		Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft § 8 Abs.3 S.3 ff. KStG
	1.4.3		Auswirkungen beim Anteilseigner
	1.5		Zinsschranke und Gesellschafter-Fremdfinanzierung (Hinweis) § 8a KStG i.V.m. § 4h EStG

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die Notwendigkeit der gesonderten Feststellung des steuerlichen Einlagekontos klar erkennen und die Regeln dieser gesonderten Feststellung sicher beherrschen. <sup>(3)</sup></p>	<p><b>2 Das steuerliche Einlagekonto</b></p> <p>2.1 Die Feststellung des steuerlichen Einlagekontos § 27 Abs.2 KStG</p> <p>2.2 Ausgangsbetrag und Zugänge § 27 Abs.1 KStG</p> <p>2.3 Der Verbrauch des steuerlichen Einlagekontos § 27 Abs.1 KStG</p> <p>2.4 Auswirkungen der Verwendung des steuerlichen Einlagekontos beim Gesellschafter u.a. § 20 Abs.1 Nr.1 S.3 EStG, § 17 Abs. 4 EStG</p>	<p>4</p>
<p>Die Studierenden sollen die Durchführung des Verlustabzugs sicher beherrschen. <sup>(3)</sup>          Das Verlustabzugsverbot beim sog. „Mantelkauf“ soll den Studierenden in Grundzügen klar sein. <sup>(2)</sup></p>	<p><b>3 Die Behandlung von Verlusten einer KapGes</b></p> <p>3.1 Bei der Einkommensermittlung § 10d EStG</p> <p>3.2 Die Beschränkung der Verlustverrechnung bei Kapitalgesellschaften § 8c, § 8d KStG</p>	<p>3</p>
	<p><b>4 Besprechung von Übungen (Tz. 1 – 5)</b></p> <p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben</li> <li>- gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte</li> <li>- eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte</li> </ul>	<p>10</p>

Fach	<b>Umsatzsteuer</b>	Gesamtstunden	<b>72</b>	<b>Hauptstudium</b>
		Unterrichtsstunden	<b>66</b>	Klausurstunden <b>6</b>

<b>Lernziele</b>		<b>Lehrinhalt</b>	<b>LVS</b>
Die Studierenden sollen die Grundlagen der Umsatzsteuerrechtlichen Organschaft erkennen und verstehen können. <sup>(2)</sup>	<b>1</b>	<b>Unternehmer, Unternehmen</b>  Organschaft § 2 Abs. 2 Nr.2 UStG	3
Aufbauend auf die als bekannt vorausgesetzten Grundlagen des Leistungsaustausches sollen die Studierenden	<b>2</b>	<b>Leistungsaustausch</b> § 1 Abs. 1 Nr.1 S.1 UStG	6
- die Voraussetzungen für das Vorliegen eines nicht steuerbaren Schadensersatzes erkennen, diesen vom steuerbaren Leistungsaustausch abgrenzen und konkrete Problemstellungen sachgerecht lösen können, <sup>(3)</sup>	2.1	Wiederholung der allgemeinen Grundsätze, insbesondere auch zu Lieferungen und Sonstigen Leistungen	
	2.2	Entschädigungen bei Vertragsstörungen (Nichterfüllung, Leistungsverzug, Zahlungsverzug, Annahmeverzug)	
- die Besonderheiten im Zusammenhang mit den Leistungen an das Personal umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und konkrete Fallgestaltungen sachgerecht lösen können, <sup>(3)</sup>	2.3	Entschädigungen von Versicherungen	
	2.4	Entschädigungen bei vorzeitiger Vertragsauflösung	
	2.5	Zuwendungen an das Personal (Naturalleistungen, Personalrabatte, Versicherungen) § 3 Abs. 1b Nr.2 u. Abs. 9a UStG	
- die umsatzsteuerrechtlichen Besonderheiten im Zusammenhang mit den Leistungen der Gesellschafter an die Gesellschaft und umgekehrt erkennen und verstehen können, <sup>(2)</sup>	2.6	Leistungen der Gesellschafter an die Gesellschaft und umgekehrt	
Aufbauend auf die als bekannt vorausgesetzten Grundlagen von Lieferungen und sonstigen Leistungen sollen die Studierenden	<b>3</b>	<b>Abgrenzung Lieferung - sonstige Leistung</b>	5
	3.1	Handeln in eigenem und fremdem Namen	



Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>- die Grundlagen der umsatzsteuerlichen Behandlung von Leasinggeschäften erkennen und verstehen können, <sup>(2)</sup></p> <p>- die Voraussetzungen für das Vorliegen von und die Besonderheiten in Zusammenhang mit Kommissions- bzw. Agenturgeschäften erkennen, diese voneinander abgrenzen und konkrete Problemstellungen sachgerecht lösen können. <sup>(3)</sup></p> <p>Die Studierenden sollen die Voraussetzungen und Folgen einer echten und einer unechten Geschäftsveräußerung umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und auf konkrete Sachverhalte anwenden können. <sup>(3)</sup></p> <p>Die Studierenden sollen die umsatzsteuerrechtlichen Besonderheiten im Zusammenhang mit der Gründung von</p>	3.1.1 Kommissionsgeschäfte § 3 Abs. 3 UStG	
	3.1.1.1 Grundfall	
	3.1.1.2 Grenzüberschreitende Kommissionsgeschäfte	
	3.1.2 Agenturgeschäfte (ohne unechte Agentur und Ladenrechtsprechung) § 3 Abs. 9 UStG	
	3.1.2.1 Grundfall (inklusive Vorschriften zum Leistungsort)	
	3.1.2.2 Steuerbefreiungen bei Vermittlungsgeschäften	
	<b>4 Geschäftsveräußerung</b> § 1 Abs. 1a UStG	3
	4.1 Wesentliche Grundlagen eines Unternehmens	
	4.2 Gesondert geführter Betrieb	
	4.3 Grundsätzliche Behandlung; Folgen für Vorsteuerberichtigung	
	4.4 Folgen des Zurückbehaltens wesentlicher Betriebsgrundlagen (sog. unechte Geschäftsveräußerung)	
	4.4.1 Behandlung bestimmter Besitzposten (halbfertige Arbeiten, Firmenwert)	
	4.4.2 Behandlung bestimmter Passivposten (Schulden, Rückstellungen, Wertberichtigung)	
	<b>5 Gründung von Gesellschaften</b>	5
5.1 Gründung von Personengesellschaften und		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS	
<p>Gesellschaften und dem Ein- bzw. Austritt von Gesellschaftern von Personengesellschaften erkennen und verstehen können. <sup>(2)</sup></p> <p>Die Studierenden sollen auf der Grundlage der als bekannt vorausgesetzten Kenntnisse über die Besteuerungsformen und Besteuerungsarten, die Voraussetzungen und Folgen des Wechsels von Besteuerungsform und Besteuerungsart umsatzsteuerrechtlich zutreffend beurteilen und auf konkrete Sachverhalte anwenden können. <sup>(3)</sup></p>	<p>5.2 Kapitalgesellschaften (nur GmbH)</p> <p>Ein- und Austritt von Gesellschaftern bei Personengesellschaften</p>		
	<p><b>6 Wechsel der Besteuerungsform und der Besteuerungsart</b> § 19 u. § 13 UStG</p>	4	
	<p>6.1 Zulässigkeit des Wechsels</p>		
	<p>6.2 Folgen des Wechsels (Forderungen, Anzahlungen, Vorsteuerabzug, Rechnungen)</p>		
	<p><b>7 Übungen zum Lehrstoff</b></p>	28	
	<p><b>8 Prüfungsvorbereitung</b></p>	12	
	<p><b>9 Bearbeiten der Klausur</b></p>	6	
	<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- unterrichtsbegleitende Arbeitsblätter mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben</li> </ul> <p>gesonderte Übungsaufgaben zur Verarbeitung behandelte Lehrinhalte</p>		

Fach	Abgabenordnung	Gesamtstunden	<b>79</b>	<b>H</b>
		Unterrichtsstunden	<b>73</b>	Klausurstunden <b>6</b>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen umfassend die Probleme zur Zulässigkeit von Einsprüchen beherrschen, insbesondere sollen sie die Besonderheiten der Einspruchsbefugnis bei einheitlichen Feststellungen, die Hinzuziehung zum Einspruchsverfahren und die Verbindung von Einspruchsverfahren beherrschen und Problemstellungen sachgerecht lösen können. <sup>(3)</sup></p> <p>Die Studierenden sollen das Einspruchsverfahren als verlängertes Veranlagungsverfahren verstanden haben und ausgehend von der Einspruchsbefugnis den Umfang der Entscheidungsmöglichkeiten beherrschen und auf unbekannte Sachverhalte praxisgerecht anwenden können. <sup>(3)</sup></p>	<p><b>1        Einspruchsverfahren</b> §§ 347-367 AO</p>	12
	<p>1.1      Zulässigkeitsvoraussetzungen § 358 AO</p> <p>Wiederholung und Vertiefung der Zulässigkeitsvoraussetzungen</p> <p>Einspruchsbefugnis bei einheitlichen Feststellungsbescheiden § 352 AO</p>	
	<p>1.2      Begründetheitsprüfung</p> <p>Umfang der Überprüfung und Neuentscheidung §§ 367 Abs. 2 AO i.V.m. § 351 AO</p> <p>Korrektur während des Einspruchsverfahrens §§ 351, 132, 365 AO – Vertiefung –</p>	
	<p>1.3      Ruhen des Einspruchsverfahrens § 363 Abs. 2 AO, nur Grundzüge i.V.m. § 367 Abs. 2a und b AO</p>	
	<p>1.4      Einspruchserledigung § 367 AO</p>	
<p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Arten von Steuerwaltungsakten beherrschen und ihre Besonderheiten kennen. <sup>(3)</sup></p>	<p><b>2        Steuerverwaltungsakte</b></p>	15
	<p>2.1      Begriff § 118 AO</p> <p>Arten Nebenbestimmungen § 120 AO (Wiederholung und Vertiefung)</p>	
<p>Die Studierenden sollen auch schwierige und nicht alltägliche Probleme zur Bekanntgabe beherrschen. <sup>(3)</sup></p>	<p>2.2      Bekanntgabe von Steuerwaltungsakten § 122 AO Wiederholung und ausgewählte Vertiefung</p>	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen in Abgrenzung zu den Korrekturmöglichkeiten von Steuerbescheiden die Möglichkeiten der Rücknahme und des Widerrufs von sonstigen Verwaltungsakten kennen und auf konkrete praxisrelevante Fälle anwenden können. <sup>(3)</sup></p> <p>Die Studierenden sollen die Festsetzungsfrist ausgehend von der Anlaufhemmung über die besonderen Arten der Fristdauer bis zu den Ablaufhemmungen in allen Facetten anwenden und auch schwierige Fallgestaltungen sachgerecht lösen können. <sup>(3, 4)</sup></p> <p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Geldleistungsansprüche in Bezug auf Entstehung, Fälligkeit und Erlöschen beherrschen und konkrete Fallgestaltungen sach- und formgerecht lösen können. <sup>(3)</sup></p>	<p>Nur Hinweis für Bekanntgabe bei Gesellschaften in Liquidation oder nach Vollbeendigung</p> <p>2.3 Korrektur von Steuerverwaltungsakten, Wiederholung und Vertiefung der Änderungstatbestände für Steuerbescheide §§ 164, 165, 172 ff. AO</p> <p>Neu: Rücknahme § 130 AO Widerruf § 131 AO</p> <p>2.4 Festsetzungsverjährung §§ 169 ff. AO Bedeutung, Rechtsfolge</p> <p>Beginn § 170 AO mit Anlaufhemmungen §§ 170 Abs.2, 175 Abs.1 S.2 AO Dauer § 169 Abs.2 AO Ende mit ausgewählten Ablaufhemmungen §§ 171 mit 181 Abs.5 AO</p> <p><b>3 Haftungsverfahren</b> (nur Hinweis auf Haftungsbescheid, materielle Haftungsnormen kein Unterrichtsstoff)</p> <p><b>4 Steuerliches Erhebungsverfahren</b></p> <p>4.1 Steueransprüche</p> <p>4.2 Erstattungsansprüche § 37 Abs.2 AO, Anhang 47 des AO-Handbuchs wird nicht unterrichtet</p>	<p></p> <p></p> <p></p> <p>1</p> <p>4</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen ein illegales Verhalten des Steuerpflichtigen als Steuerhinterziehung oder leichtfertige Steuerverkürzung einordnen können, die Sanktionsmöglichkeiten kennen und die steuerlichen Folgen der Taten beherrschen. <sup>(2)</sup></p>	<p>4.3      Entstehung, § 38 AO Fälligkeit, § 220 AO</p>	
	<p>4.4      Abrechnungsbescheid</p>	
	<p>4.5      Aufrechnung § 226 AO nur steuerliche Besonderheiten zu Kenntnissen aus dem Privatrecht</p>	
	<p>4.6      Zahlungsverjährung Beginn § 229 AO Dauer § 228 AO Unterbrechung § 231 AO</p>	
	<p><b>5            Steuerstrafrecht</b></p> <p>Überblick über Steuerhinterziehung § 370 AO Leichtfertige Steuerverkürzung § 378 AO Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung § 371 AO</p>	2
	<p><b>6            Übungen</b></p>	27
	<p><b>7            Prüfungsvorbereitung</b></p>	12
	<p><b>8            Bearbeiten der Klausur</b></p>	6
	<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben</li> <li>- gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelte Lerninhalte</li> </ul>	

AO            H

Stand: 10/2022

<b>Lernziele</b>	<b>Lehrinhalt</b>	<b>LVS</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>- eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte</li></ul>	

Fach	<b>SGV (30 LVS) ASV (6 LVS)</b>	Gesamt- stunden	<b>36</b>	<b>Hauptstudium</b>
	<b>Kooperation und ökonomisches Arbeiten</b>	Unterrichts- stunden	<b>36</b>	Klausurstunden

<b>Lernziele</b>	<b>Lehrinhalt (Intensität)</b>		<b>LVS</b>
<p>Die Teilnehmenden setzen sich mit den zukünftigen Anforderungen ihres Arbeitsumfelds auseinander und können aus den vermittelten Lerninhalten Handlungsstrategien ableiten, und diese z. B. bei Diskussionen, Präsentationen, Übungen, Praxissimulationen (Rollenspielen) anwenden. Schwerpunktmäßig beschäftigen sie sich mit den Themen Arbeitsplanung, Kooperation und Bürgerorientierung.</p> <p><u>Lernziele Arbeitsplanung:</u> Die Teilnehmenden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- kennen und nutzen Methoden von Selbst- und Zeitmanagement bzw. Problemlösung.</li> <li>- können ihren künftigen Aufgabenbereich rational organisieren, planen und ihre Zeit effektiv einteilen.</li> </ul> <p><u>Lernziele Kooperation:</u> Die Teilnehmenden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- kennen Grundlagen der Dynamik in Gruppen;</li> <li>- kennen die Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen von Kooperation und Teamarbeit in der Finanzverwaltung;</li> <li>- verstehen Sinn und Nutzen von kooperativem Verhalten;</li> <li>- können Formen und Methoden der Kooperation entwickeln und nutzen;</li> <li>- kooperieren effektiv und effizient.</li> </ul>	<b>1</b>	<b>Zeit- / Selbstmanagement und Problemlösung (4)</b>	6
	1.1	Zeitplanungsinstrumente (Wiederholung) <sup>(1)</sup>	2
	1.2	Anwendung von Zeitplanungsinstrumenten und Problemlösungstechniken in der Praxis <sup>(4)</sup>	4
	<b>2</b>	<b>Kooperation (2)</b>	12
	2.1	Chancen, Grenzen und Rahmenbedingungen von Kooperation	
	2.2	Grundlagen von Teamarbeit und Gruppendynamik	
	2.2.1	Gruppen als Systeme	
	2.2.2	Entwicklungsphasen von Gruppen	
	2.2.3	Rollen und Normen in Gruppen	
	2.2.4	Umgang mit Rollenkonflikten	
	2.3	Strategien und Methoden sinnvoller Kooperation in der Finanzverwaltung <sup>(4)</sup>	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p><u>Lernziele Bürgerorientierung:</u></p> <p>Die Teilnehmenden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- verstehen Nutzen und Grenzen der Bürgerorientierung für Bürger und Verwaltung;</li> <li>- setzen sich mit ihrem eigenen Arbeitsprofil d. h. ihren individuellen Zielen und Prioritäten – und ihrer Motivation auseinander;</li> <li>- setzen sich mit Motivations-, Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für Ihre späteren Aufgabenbereiche auseinander;</li> <li>- handeln bürgerorientiert und verstehen sich auch als Dienstleister.</li> </ul>	<p><b>3 Bürgerorientierung (2)</b></p> <p>3.1 Gesellschaftliche Entwicklungen <sup>(1)</sup></p> <p>3.2 Rolle von Bürger und Verwaltung in der Gesellschaft</p> <p>3.3 Chancen und Grenzen der Bürgerorientierung <sup>(3)</sup></p> <p>3.3.1 Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung</p> <p>3.3.2 Anforderungen der Verwaltung an die Bürgerinnen und Bürger, z.B. bürgernahe Sprache</p> <p>3.3.3 Interkulturelle Kompetenz</p> <p>3.4 Verwaltungsmodernisierung und Bürgerorientierung, z. B. Digitalisierung, Information und Kommunikation im digitalen Raum und in sozialen Netzwerken</p> <p>3.5 Umgang mit neuen Arbeitsformen und Arbeitsmitteln, <sup>(4)</sup> z. B.</p> <p>3.5.1 Telearbeit, Auftragsübersicht, Leistungsvergleich</p> <p>3.5.2 Persönliche Ist-Analyse (Rolle, Werte, Ziele, Motivation)</p> <p>3.5.3 Umgang mit Rollenanforderungen und Rollenkonflikten</p> <p>3.6 Schwierige Gesprächssituationen mit Bürgerinnen und Bürgern <sup>(4)</sup></p>	<p>18</p> <p>2</p> <p>4</p> <p>4</p> <p>2</p> <p>6</p>



Fach	<b>Bilanzsteuerrecht</b>	Gesamtstunden <b>116</b>	<b>Hauptstudium</b>
		Unterrichtsstunden <b>110</b>	Klausurstunden <b>6</b>

<b>Lernziele</b>	<b>Lehrinhalt</b>	<b>LVS</b>
Die Studierenden sollen Bilanzberichtigungen über mehrere Jahre im Hinblick auf die tatsächlichen Prüfungszeiträume umsetzen können. <sup>(3)</sup>	<b>1 Bilanzberichtigungen</b> § 4 Abs. 2 EStG 1.1 Bilanzberichtigung bei bestandskräftigen Veranlagungen 1.2 Bilanzberichtigungen über mehrere Jahre 1.3 Mehr- und Weniger-Rechnung nach der GuV-Methode	12
Die Studierenden sollen die Bilanzierungs- und Bewertungsprinzipien und –maßstäbe sachgerecht anwenden können. <sup>(3)</sup>	<b>2 Bilanzierung / Bewertung</b> 2.1 Bewertungsmaßstäbe § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG 2.1.1 Grundsatz der Einzelbewertung § 252 Abs. 1 HGB 2.1.2 Gruppenbewertung § 240 HGB 2.1.3 Verbrauchsfolgeunterstellung § 256 HGB; § 6 Abs.1 Nr.2a EStG 2.2 Bewertungsmaßstäbe § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG 2.2.1 Anschaffungskosten § 255 HGB 2.2.2 Durchschnittswert § 240 HGB 2.2.3 Teilwert § 6 Abs.1 EStG	10
(stattDie Studierenden sollen immaterielle und materielle Wirtschaftsgüter abgrenzen können und die besonderen Bilanzierungs-/Bewertungsregeln anwenden können. <sup>(3)</sup>	<b>3 Immaterielle Wirtschaftsgüter</b> 3.1 Immaterielle Einzelwirtschaftsgüter §§ 248, 255 HGB § 5 Abs.2, § 6 Abs.1 EStG	2

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die handels- und steuerrechtliche Bilanzierung von Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften sachgerecht anwenden können.<sup>(3)</sup></p>	<p>3.2 Derivativer Firmenwert §§ 246, 253 HGB § 6 Abs.1 EStG</p> <p><b>4 Beteiligungen</b></p> <p>4.1 Beteiligungen an Personengesellschaften § 253 HGB</p> <p>4.2 Beteiligungen an Kapitalgesellschaften §§ 253, 271 HGB</p>	<p>7</p>
<p>Die Studierenden sollen die Behandlung betrieblicher Wertpapiererträge umsetzen können.<sup>(2)</sup></p>	<p><b>5 Wertpapiere und ihre Erträge</b></p> <p>5.1 Festverzinsliche Wertpapiere § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG</p> <p>Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren §§ 20 Abs.1, Abs.8 § 43, § 43a EStG</p> <p>5.2 Anteile an Kapitalgesellschaften § 253 HGB; § 6 Abs.1 EStG</p> <p>5.3 Ausschüttungen aus Anteilen an Kapitalgesellschaften § 20 Abs.1 u. 8 EStG §§ 43, 43a EStG</p>	<p>5</p>
<p>Die Studierenden sollen die Bewertung von Halb- und Fertigerzeugnissen sachgerecht anwenden können.<sup>(3)</sup></p>	<p><b>6 Halb- und Fertigerzeugnisse im Herstellungsbetrieb</b> § 255 HGB</p> <p>6.1 Begriff und Einteilung der Kosten</p> <p>6.2 Herstellungskosten</p> <p>6.2.1 Handelsrechtlicher Mindestansatz</p> <p>6.2.2 Steuerrechtlicher Mindestansatz</p> <p>6.2.3 Höchstmöglicher Ansatz nach Handels- und Steuerrecht</p> <p>6.3 Selbstkosten und Selbstkostenpreis</p>	<p>7</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die verschiedenen Formen von Sonderposten mit Rücklagenanteil abgrenzen und sachgerecht anwenden können.<sup>(3)</sup></p>	<p>6.4 Kalkulationsverfahren  6.4.1 Divisionskalkulation  6.4.2 Zuschlagskalkulation  6.5 Teilwertfragen  6.6 Umsatz- und Gesamtkostenverfahren</p> <p><b>7 Rücklagen</b>  7.1 Rücklage nach § 6b EStG (auch § 6b Abs. 10 EStG)</p>	<p>3</p>
<p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Rückstellungsformen abgrenzen und die Bewertungsprinzipien anwenden können.<sup>(3)</sup></p>	<p><b>8 Rückstellungen</b>  8.1 Handelsrechtliches Rückstellungsgebot  § 249 HGB  8.2 Steuerrechtliche Rückstellungsgebote  § 5 Abs.1 EStG; § 249 HGB  8.3 Steuerrechtliches Rückstellungsverbot  §§ 5 Abs.2a, Abs.3, Abs.4, Abs. 4a+b, 6a EStG  8.4 Rückstellungen (Einzelfälle) für  8.4.1 Ungewisse Verbindlichkeiten aus privatrechtlichen Verpflichtungen  8.4.2 Ungewisse Verbindlichkeiten aus öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen  8.5 Aufwandsrückstellungen</p>	<p>14</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen den Ablauf einer Außenprüfung und grundlegende Begriffe der steuerlichen Prüfungstechnik kennenlernen.<sup>(2)</sup></p>	<p><b>9 Außenprüfung</b> §§ 193 ff. AO</p>	<p>6</p>
	<p>9.1 Begriffe und Arten</p>	
	<p>9.1.1 Zulässigkeit</p>	
	<p>9.1.2 Umfang</p>	
	<p>9.1.3 Durchführung</p>	
	<p>9.1.4 Schlussbesprechung</p>	
	<p>9.2 Begriffe der steuerlichen Prüfungstechnik</p>	
	<p>9.2.1 Istumsatz</p>	
	<p>9.2.2 Sollumsatz</p>	
	<p>9.2.3 Wirtschaftlicher Umsatz</p>	
	<p>9.2.4 Wirtschaftlicher Wareneinsatz</p>	
	<p>9.2.5 Rohgewinn</p>	
	<p>9.2.6 Rohgewinnsatz</p>	
	<p>9.2.7 Reingewinn</p>	
<p>9.2.8 Reingewinnsatz</p>		
<p>9.3 Wirtschaftskriminalität</p>		
<p>BILST-A-3001 bis 3009 und BILST-ÜA-3001 bis 3008</p>	<p><b>10 Übungen zum Lehrstoff</b></p>	<p>32</p>
	<p><b>11 Prüfungsvorbereitung</b></p>	<p>12</p>
	<p><b>12 Bearbeiten der Klausur</b></p>	<p>6</p>

Fach	<b>Einkommensteuer</b>	Gesamtstunden <b>113</b>	<b>Hauptstudium</b>
		Unterrichtsstunden <b>107</b>	Klausurstunden 6

<b>Lernziele</b>	<b>Lehrinhalt</b>	<b>LVS</b>
Die Studierenden werden über die Rechtsänderungen, die sich im aktuellen Veranlagungsjahr bei Stoffgebieten, die in den vorhergehenden Studienabschnitten behandelt wurden, informiert. <sup>(3)</sup>	<b>1 Rechtsänderungen</b>	2
Die ertragsteuerlichen Folgen der Veräußerung oder Aufgabe einer betrieblichen Einkunftsquelle sollen von den Studierenden in materiell-rechtlicher und technischer Hinsicht umfassend beherrscht werden. <sup>(3)</sup>	<b>2 Veräußerung und Aufgabe eines Betriebs</b> § 16 EStG	15
Die Auswirkungen der unterschiedlichen Kaufpreisvereinbarungen auf die Höhe des Veräußerungsgewinns werden von den Studierenden sicher beherrscht. <sup>(3)</sup>	2.1 Begünstigter Gegenstand	
	2.1.1 Ganzer Betrieb	
	2.1.2 Organischer Teilbetrieb (Hinweis)	
	2.1.3 Fiktiver Teilbetrieb	
	2.2 Begünstigte Vorgänge	
	2.2.1 Betriebsveräußerung § 16 Abs.1 EStG	
	2.2.2 Betriebsaufgabe § 16 Abs.3 EStG	
Die Studierenden sollen auch die nach der Betriebsveräußerung/Betriebsaufgabe noch anfallenden Ausgaben und Einnahmen sicher beurteilen können. <sup>(3)</sup>	2.3 Die unentgeltliche Betriebsübertragung	
	2.3.1 Gesamtrechtsnachfolge	
	2.3.2 Einzelrechtsnachfolge Teilentgeltliche Betriebsübertragung	
	2.4 Ermittlung des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns § 16 Abs.2 EStG	
	2.4.1 Veräußerungspreis Besonderheiten bei unverzinslicher Kaufpreisstundung Besonderheiten bei Raten und Renten Zurückbehaltene Wirtschaftsgüter/Schulden	
	2.4.2 Wert des Betriebsvermögens Zwangsrest-Betriebsvermögen	
	2.4.3 Veräußerungskosten	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden kennen die Voraussetzungen unter denen ein im Ganzen verpachteter Betrieb als „ruhender Betrieb“ weitergeführt werden kann. Sie können praktische Fälle lösen, in denen es zur Zwangsaufgabe des verpachteten Betriebs kommt. <sup>(3)</sup></p> <p>Die Studierenden sollen die Voraussetzungen für die Annahme des Rechtsinstituts „Betriebsaufspaltung“ im Detail kennen und sicher auf praktische Fälle anwenden können. Sie kennen die ertragsteuerlichen Folgen bei Vorliegen einer Betriebsaufspaltung und können die theoretischen Kenntnisse auf praktische Fälle anwenden. <sup>(3)</sup></p> <p>Die Folgen bei Wegfall der Voraussetzungen für die Annahme einer Betriebsaufspaltung werden sicher überblickt. <sup>(3)</sup></p>	2.4.4      Abgrenzung des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns vom laufenden Gewinn	
	2.4.5      Nachträgliche Einkünfte aus dem ehemaligen Betrieb § 24 Nr.2 EStG	
	2.5        Freibetrag § 16 Abs.4 EStG	
	2.6        Ermäßigter Steuersatz § 34 EStG	
	2.7        Betriebsveräußerung und Betriebsaufgabe im Bereich der selbständigen Arbeit § 18 EStG	
	<b>3        Betriebsverpachtung</b> §§ 15, 16 Abs.3b EStG	3
	3.1        Verpachtung des ganzen Betriebs	
	3.1.1      Ruhender Betrieb	
	3.1.2      Verpächterwahlrecht	
	3.1.3      Zwangsaufgabe	
	<b>4        Betriebsaufspaltung</b> § 15 EStG	11
	4.1        Begriff/Tatbestandsmerkmale	
	4.1.1      Personelle Verflechtung von Besitz- und Betriebsunternehmen	
	4.1.2      Sachliche Verflechtung von Besitz- und Betriebsunternehmen	
	4.2        Arten der Betriebsaufspaltung	
	4.2.1      Echte Betriebsaufspaltung	
	4.2.2      Unechte Betriebsaufspaltung	
4.2.3      Mitunternehmerische / kapitalistische Betriebsaufspaltung (Hinweis)		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden können sicher beurteilen in welchen Fällen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und transparenten Gesellschaften steuerverstrickt sind. Sie können die theoretischen Voraussetzungen anhand von Übungsfällen sicher umsetzen. <sup>(3)</sup></p>	<p>4.3 Entstehung einer Betriebsaufspaltung (Gründung)</p> <p>4.3.1 Echte Betriebsaufspaltung</p> <p>4.3.2 Unechte Betriebsaufspaltung</p> <p>4.4 Laufende Besteuerung bei bestehender Betriebsaufspaltung</p> <p>4.4.1 Einkunftsart beim Besitzunternehmen</p> <p>4.4.2 Behandlung der verpachteten Wirtschaftsgüter</p> <p>4.4.3 Behandlung der Beteiligungen am Betriebsunternehmen</p> <p>4.5 Beendigung der Betriebsaufspaltung</p>	
	<p><b>5 Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften</b> § 17 EStG</p> <p>5.1 Begriff/Voraussetzungen</p> <p>5.1.1 Relevante Beteiligungen im Fünfjahreszeitraum</p> <p>5.1.2 Unentgeltlich erworbene Anteile</p> <p>5.1.3 Teilentgeltlich erworbene Anteile</p> <p>5.1.4 Verdeckte Einlage</p> <p>5.2 Ermittlung des Veräußerungsgewinns/-verlustes § 17 Abs.2 EStG</p> <p>5.2.1 Veräußerungspreis</p> <p>5.2.2 Veräußerungskosten</p> <p>5.2.3 Anschaffungskosten insb. § 17 Abs. 2a EStG</p> <p>5.2.4 Teileinkünfteverfahren § 3 Nr.40 S.1 Bst. c EStG</p> <p>5.2.5 Wahlrecht zur laufenden Besteuerung</p>	<p>8</p>

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden sollen die unterschiedlichen Arten von wiederkehrenden Bezügen sicher voneinander abgrenzen können. <sup>(3)</sup>            Die steuerliche Behandlung wird sicher beherrscht bei betrieblichen und privaten Veräußerungsrenten sowie bei privater Versorgungsleistung. <sup>(3)</sup>            Betriebliche Versorgungsleistungen, Unterhaltsleistungen und Schadensersatzrenten werden im Überblick behandelt. <sup>(2)</sup>  <u>Anmerkung:</u>            Altersrenten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen werden abschließend im Grundstudium 1 behandelt.</p>	5.3 Verlustausgleichsbeschränkungen	
	5.4 Freibetrag § 17 Abs.3 EStG	
	<b>6</b> <b>Steuerliche Behandlung von wiederkehrenden Bezügen / Leistungen und Zahlungen</b>	14
	6.1 Einteilung und Abgrenzung der wiederkehrenden Bezüge / Leistungen und Zahlungen (Renten, Dauernde Lasten, Sonstige wiederkehrende Bezüge/Leistungen)	
	6.2 Unterscheidung nach Art der Begründung	
	6.2.1 Entgeltliche Begründung	
	6.2.1.1 Betriebliche wiederkehrende Bezüge im Austausch mit einer Gegenleistung beim Berechtigten und beim Verpflichteten am Beispiel der Renten (vgl. auch Tz. 2.4.1)	
	6.2.1.2 Private wiederkehrende Bezüge im Austausch mit einer Gegenleistung beim Berechtigten und beim Verpflichteten am Beispiel der Renten (insb. i.V.m. § 17 EStG, § 23 EStG)	
	6.2.2 Unentgeltliche Begründung	
	6.2.2.1 Betriebliche Versorgungsleistungen (Hinweis)	
6.2.2.2 Private Versorgungsleistungen beim Berechtigten und Verpflichteten nach § 10 Abs. 1a Nr. 2 EStG, § 22 Nr. 1a EStG (Altfälle vor dem 1.1.2008 nur als Hinweis)		
6.2.3 Teilentgeltliche Übertragung im Zusammenhang mit wiederkehrenden Bezügen / Leistungen		



Lernziele	Lehrinhalt	LVS	
<p>Die Vermögensübertragungen von Privatvermögen sollen aufbauend auf die Kenntnisse aus dem Grundstudium 2A vertieft werden. <sup>(3)</sup></p> <p>Die Studierenden sollen die unterschiedliche Behandlung von vereinbarten Teilentgelten bei Übertragungen von Privatvermögen und von Betriebsvermögen auf praktische Fälle umsetzen können.</p>	<p>und Zahlungen nach § 10 Abs. 1a Nr. 2 EStG, § 22 Nr. 1a EStG</p>	5	
	6.2.4		Unterhaltsleistungen beim Berechtigten und Verpflichteten § 12 Nr. 2 EStG
	6.3		Einzelheiten zum Ertragsanteil
	6.3.1		Bei Leibrenten
	6.3.2		Bei abgekürzten / verlängerten Leibrenten
	6.3.3		Bei Erhöhung / Herabsetzung von Leibrenten (Hinweis)
	6.4		Kapitalabfindung bei Leibrenten
	6.5		Renten aus gesetzlichen und privaten Versicherungen (vgl. auch Lehrplan G1 Tz. 17.1.1)
	6.6		Schadensrenten (Hinweis)
	6.7		Versorgungsausgleich (Hinweis)
	<b>7</b>		<b>Vermögensübertragungen im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge</b> § 15, § 17, § 21 EStG
	7.1		Übertragung von Privatvermögen (vgl. auch Lehrplan ESt Grundstudium 2A, Tz 3.6.4)
	7.1.1		Abstands- und Ausgleichszahlungen
	7.1.2		Übernahme von Verbindlichkeiten
	7.1.3		Laufende Leistungen
7.1.4	Folgen beim Übergeber		
7.1.5	Folgen beim Übernehmer		
7.2	Übertragung von Betriebsvermögen		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die ertragsteuerlichen Grundlagen für Vermögensübergänge im Wege der Gesamtrechtsnachfolge sollen von den Studierenden sicher beherrscht werden. <sup>(3)</sup>            Die ertragsteuerlichen Folgen der Erbaueinandersetzung bei den abfindenden und den weichen Miterben sollen von den Studierenden sicher anhand praktischer Fälle beherrscht werden. <sup>(3)</sup></p>	7.2.1      Teilentgelt übersteigt die Buchwerte	8
	7.2.2      Teilentgelt übersteigt die Buchwerte nicht	
	<b>8            Ertragsteuerliche Behandlung von Erbfällen</b> BMF-Schreiben vom 14.3.2006	
	8.1            Nur ein Erbe ist Gesamtrechtsnachfolger § 1922 BGB	
	8.1.1        Erbmasse ohne Betriebsvermögen	
	8.1.2        Erbmasse mit Betriebsvermögen	
	8.2            Erbgemeinschaft ist Gesamtrechtsnachfolger § 1922 BGB	
	8.2.1        Erbaueinandersetzung im Privatvermögen	
	8.2.1.1      Ohne Ausgleichszahlungen (reale Teilung)	
	8.2.1.2      Mit Ausgleichszahlungen	
	8.2.2        Erbaueinandersetzung im Betriebsvermögen	
	8.2.2.1      Ohne Ausgleichszahlungen	
	8.2.2.2      Mit Ausgleichszahlungen (Hinweis; mit Verweis auf das Fach GesR)	
	8.3            Tod eines Mitunternehmers (Hinweis; mit Verweis auf das Fach GesR)	
	8.4            Besteuerung des Vermächtnisnehmers und des Pflichtteilsberechtigten	

Lernziele	Lehrinhalt		LVS		
<p>In Ergänzungen zu den im Grundstudium 1 behandelten Sachbezügen im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis lernen die Studenten die geldwerten Vorteile, die nach der Sozialversicherungsentgeltverordnung bewertet werden, die Personalrabatte und die Vorteile aus Arbeitgeberdarlehen kennen. <sup>(2)</sup> Die Studierenden kennen die Besonderheiten bei der Gewährung von bloßen Annehmlichkeiten und bei der Gewährung von Vorteilen anlässlich von Betriebsveranstaltungen. <sup>(2)</sup></p>		<p><b>9 Besonderheiten zu Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit § 19, § 8 EStG</b></p>	<p>3</p>		
		9.1		Geldwerte Vorteile / Sachbezüge aus Arbeitsverhältnissen	
		9.1.1		Sachbezüge, die mit den üblichen Endpreisen am Abgabeort zu bewerten sind § 8 Abs.2 EStG	
		9.1.2		Sachbezüge, die mit amtlichen Sachbezugswerten zu bewerten sind Unterkunft / Wohnung Mahlzeiten	
		9.1.3		Verbilligter Bezug von Waren und Dienstleistungen § 8 Abs.3 EStG	
		9.1.4		Verbilligte Arbeitnehmerdarlehen	
		9.2		Bloße Aufmerksamkeiten	
		9.3		Betriebsveranstaltungen	
				<p><b>10 Übungsfälle zum Lehrstoff (Tz. 1 – 9) und Besprechung der Klausur</b></p>	<p>26</p>
				<p><b>11 Bearbeiten der Klausur</b></p>	<p>6</p>
				<p><b>12 Prüfungsvorbereitung</b></p>	<p>12</p>
		<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben</li> <li>- gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelte Lehrinhalte</li> <li>- eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte</li> </ul>			

Fach	<b>Besteuerung der Gesellschaften</b>	Gesamtstunden <b>88</b>	<b>Hauptstudium</b>
		Unterrichtsstunden <b>82</b>	Klausurstunden <b>6</b>

<b>Lernziele</b>	<b>Lehrinhalt</b>	<b>LVS</b>
Die Studierenden sollen:	<b>I. Personengesellschaften</b>	
- die unterschiedlichen Gründungsfallgruppen kennen lernen, verstehen und Fälle lösen können <sup>(4)</sup>	<b>1 Gründung von Personengesellschaften</b>	12
	1.1 Bargründung	
	1.2 Sachgründung	
	1.2.1 Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter aus dem Privatvermögen § 6 Abs.6 EStG	
- § 24 UmwStG anwenden können <sup>(3)</sup>	1.2.2 Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter aus einem Betriebsvermögen § 6 Abs.5 S.3 EStG	
	1.2.3 Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils § 24 UmwStG	
Hinweis: Es entfällt eine technische Variante (Anhang 28 II, 24.14 ESt-Handbuch), zeitl. Umfang 3 LVS	1.2.4 Wahlrechte des Umwandlungssteuergesetzes	
	1.2.5 Buchwertfortführung § 24 Abs.2 S.2 UmwStG	
	1.2.6 Ansatz des gemeinen Wertes § 24 Abs.2 S.1 UmwStG	
	1.2.7 Ansatz eines Zwischenwerts § 24 Abs.2 S.2 UmwStG	
	1.2.8 Einbringung mit Zuzahlung in den Fällen des § 24 UmwStG	
	1.2.9 Steuerliche Folgen aus der unterschiedlichen Wahlrechtsausübung durch die Personengesellschaft § 24 Abs.4 UmwStG	
- den Eintritt eines Gesellschafters bilanziell umsetzen können <sup>(3)</sup>	<b>2 Eintritt eines Gesellschafters in eine bestehende Personengesellschaft § 24 UmwStG</b>	2

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
- den Gesellschafterwechsel mit seinen bilanziellen Konsequenzen umsetzen können	<b>3</b> <b>Gesellschafterwechsel</b> § 16 Abs.1 Nr.2 EStG	5
- die Konsequenzen des Ausscheidens eines Gesellschafters bilanzsteuerlich umsetzen können <sup>(4)</sup>	<b>4</b> <b>Ausscheiden eines Gesellschafters aus einer Personengesellschaft</b> § 16 Abs.1 Nr.2 EStG	5
- die Grundzüge des § 15a Abs. 1 und Abs. 2 EStG verstehen und anwenden <sup>(2)</sup> ; § 15a Abs. 3 wird nicht besprochen	<b>5</b> <b>Verluste bei beschränkter Haftung gemäß § 15a EStG</b>  5.1            Anwendungsbereich 5.2            Verrechenbare Verluste § 15a Abs.2 EStG 5.3            Gesonderte Feststellungen § 15a Abs.4 EStG	5
- die Grundzüge der GmbH & Co KG kennen lernen und umsetzen können <sup>(3)</sup>	<b>6</b> <b>Verbundene Unternehmen, Doppelgesellschaften</b>  6.1            Obergesellschaft als Mitunternehmer 6.2            Unterbeteiligung § 15 Abs.1 Nr.2 EStG 6.3            GmbH & Co KG § 15 Abs.1 Nr.2 EStG 6.3.1          Gründung § 161 Abs.1, Abs.2, § 105 Abs.3 HGB, § 705 ff. BGB 6.3.2          Gewerbliche Prägung § 15 Abs.3 EStG 6.3.3          Vermögensverwaltende GmbH u. Co KG §§ 161 Abs.2, 105 Abs.2 HGB 6.3.4          Bilanzsteuerrechtliche Besonderheiten 6.3.5          Laufende Besteuerung	1

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>- § 20 UmwStG vorgestellt bekommen und diese Vorschrift in ihren Grundzügen im Rahmen von Fallbearbeitungen beherrschen <sup>(2)</sup>; die zivilrechtlichen <b>Grundlagen und die Ziffern 9.1 – 9.9 werden nur kurz angesprochen</b> <sup>(1)</sup></p> <p>- einen kurzen Überblick erhalten <sup>(1)</sup></p>	<p><b>7</b></p> <p><b>Betriebsaufspaltung</b> Detaillehrplan siehe Hauptstudium/Einkommensteuer</p>	
	<p><b>II.</b></p> <p><b>Kapitalgesellschaften</b></p>	
	<p><b>8</b></p> <p><b>Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH –</b></p>	<p>3</p>
	<p>8.1</p> <p>Stammkapital, Stammeinlage, Bar- und Sachgründung § 5 GmbHG</p>	
	<p>8.2</p> <p>Gründung §§ 2, 3, 11 GmbHG</p>	
	<p>8.3</p> <p>Organe § 35, § 48 GmbHG</p>	
	<p>8.4</p> <p>Geschäftsführung, Vertretung § 6 GmbHG, § 35 GmbHG</p>	
	<p>8.5</p> <p>Gesellschaftsvermögen</p>	
	<p>8.6</p> <p>Haftung § 11 Abs.2 GmbHG § 13 Abs.2 GmbHG</p>	
	<p>8.7</p> <p>Kapitalersetzende Darlehen § 17 EStG</p>	
	<p>8.8</p> <p>Gewinn- und Verlustbeteiligung</p>	
	<p>8.9</p> <p>Eintritt, Austritt aus der GmbH, Anteilsübertragung § 17 EStG</p>	
	<p>8.10</p> <p>Einbringung von Unternehmensanteilen in eine Kapitalgesellschaft (§ 20 UmwStG)</p>	
	<p><b>9</b></p> <p><b>Aktiengesellschaft – AG</b></p>	
	<p>9.1</p> <p>Grundkapital, Aktie, Arten der Aktie, Bezugsrecht §§ 6, 7, 8, § 186 AktG</p>	
<p>9.2</p> <p>Gründung §§ 23, 29, 30, 36, 36a AktG</p>		

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
- einen kurzen Überblick erhalten <sup>(1)</sup>	9.3      Organe §§ 76 ff., 95 ff., 118 AktG	
	9.4      Geschäftsführung, Vertretung §§ 76 Abs.1, 78 Abs.1 AktG	
	9.5      Gesellschaftsvermögen	
	9.6      Haftung § 29 AktG, § 41 AktG	
	9.7      Gewinn- und Verlustbeteiligung	
	<b>10      Gewinnermittlung bei Kapitalgesellschaften</b>	
	10.1    Laufende Gewinnermittlung § 266 HGB	
	10.2    Buchtechnische Behandlung nicht abziehbarer Ausgaben	
	10.3    Schuldrechtliche Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern	
	10.4    Jahresabschluss § 264 HGB	
	10.4.1   Darstellung des Eigenkapitals § 266 Abs.3 HGB	
	10.4.2   Jahresüberschuss/Bilanzgewinn	
	10.4.3   Buchtechnische Behandlung des festgestellten Gewinns	
	10.4.4   Ausschüttung	
	10.4.5   Rücklagendotierung	
	10.4.6   Vortrag auf neue Rechnung	
	- einen kurzen Überblick erhalten <sup>(1)</sup>	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
- einen kurzen Überblick erhalten <sup>(1)</sup>	<b>12</b> <b>Europäische Gesellschaftsformen</b> Art.1 ff. EWIV-VO (EWG) Art.2 EWIV-VO § 1 AusführungsG, 105 ff. HGB, 105 Abs.3 HGB, 705 BGB	
- die Bewertung des Betriebsvermögens von Personengesellschaften zutreffend durchführen können <sup>(3)</sup>	<b>III.</b> <b>Verkehrssteuerrechtliche Auswirkungen bei Personen- und Kapitalgesellschaften</b>  <b>ErbSt / SchenkSt / GrErwSt</b>  <b>13</b> <b>Betriebsvermögen der Personengesellschaften</b> Bew  13.1      Ansatz und Bewertung des Sonderbetriebsvermögens § 97 Abs.1 Nr.5 BewG  13.2      Ableitung vom letzten Bilanztag bei Personengesellschaften § 109 BewG  13.3      Aufteilung des Betriebsvermögenswerts § 97 Abs.1a BewG	2
- die Bewertung nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften zutreffend durchführen können <sup>(3)</sup>	<b>14</b> <b>Bewertung nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften</b>  14.1      Ableitung des gemeinen Werts aus Verkäufen (auch Paketzuschlag) § 11 Abs.2 u. Abs.3 BewG  14.2      Ermittlung des gemeinen Werts im vereinfachten Ertragswertverfahren § 97 Abs. 1b BewG  14.2.1      Ermittlung Substanzwert § 109 BewG	2



Lernziele	Lehrinhalt	LVS
- die Besteuerung des Unternehmensvermögens in ihrem systematischen Aufbau beherrschen und Sondertatbestände erkennen können <sup>(2)</sup> - einen kurzen Überblick erhalten <sup>(1)</sup>	14.2.2    Ansatz und Bewertung der Besitz- und Schuldposten	
	14.2.3    Ableitung vom letzten Bilanztag bei Kapitalgesellschaften	
	14.2.4    Ermittlung Ertragswert §§ 199 Abs.1, 200 - 203 BewG	
	14.2.5    Sonderfälle	
	<b>15</b> <b>Erbschaftsteuer / Schenkungssteuer</b>	2
	15.1        Besteuerung des Unternehmensvermögens §§ 13a, 13b ErbStG	
	15.2        Steuerbefreiungen	
	15.3        Auslands- und Inlandsvermögen	
	15.3.1     Auslandsvermögen - Wirkung DBA - Bewertungsmaßstab	
	15.3.2     Inlandsvermögen - Wirtschaftsgüter des Inlandsvermögens - abziehbare Schulden - beschränkte Steuerpflicht	
	<b>IV.</b> <b>Übungen zum Lehrstoff I</b>	23
	<b>V.</b> <b>Übungen zum Lehrstoff III</b>	10
	<b>VI.</b> <b>Prüfungsvorbereitung zum Lehrstoff I</b>	8
	<b>VII.</b> <b>Prüfungsvorbereitung zum Lehrstoff III</b>	2

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
	<p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- unterrichtsbegleitende <u>Arbeitsblätter</u> mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben</li><li>- gesonderte <u>Übungsaufgaben</u> zur Verarbeitung behandelter Lehrinhalte</li><li>- eigenständig zu bearbeitende <u>Hausaufgaben</u> zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte</li></ul>	

Fach	<b>Gewerbsteuer</b>	Gesamtstunden <b>14</b>	<b>Hauptstudium</b>
		Unterrichtsstunden <b>14</b>	Klausurstunden <b>0</b>

<b>Lernziele</b>	<b>Lehrinhalt</b>	<b>LVS</b>
Der besondere Charakter der Gewerbesteuer als Objektsteuer soll von den Studierenden erkannt werden; die Unterschiede zu anderen Steuerarten sollen klar überblickt werden. <sup>(1)</sup>	<b>1 Einführung</b>	1
	1.1 Stellung der Gewerbesteuer im Steuersystem, Abgrenzung zu anderen Steuerarten	
	1.2 Gewerbesteuer als Gemeindesteuer/wirtschaftliche Bedeutung	
	1.3 Rechtsgrundlagen	
Die Studierenden können das jeweilige Steuerobjekt bei den unterschiedlichen Rechtsträgern klar definieren. <sup>(2)</sup> Die Abgrenzung der gewerblichen Tätigkeit von der bloßen Vermögensverwaltung, sowie der land- und forstwirtschaftlichen und freiberuflichen Tätigkeit kann zuverlässig vorgenommen werden. <sup>(3)</sup> Der Studierende hat einen Überblick über die Steuerbefreiungen bei der Gewerbesteuer. <sup>(1)</sup>	<b>2 Steuergegenstand</b>	2
	2.1 Begriff des stehenden Gewerbebetriebs § 2 Abs.1 GewStG	
	2.2 Abgrenzung zu anderen Tätigkeiten	
	2.2.1 Vermögensverwaltung	
	2.2.2 Land- und Forstwirtschaft	
	2.2.3 Freiberufliche Tätigkeit	
	2.3 Gewerbebetrieb kraft Rechtsform § 2 Abs.2 GewStG	
	2.4 Mehrheit von Betrieben	
	2.5 Steuerbefreiungen (Hinweis)	
Die Studierenden können die Ausgangsbeträge zur Berechnung des Gewerbeertrags zutreffend übernehmen. <sup>(3)</sup> Die Studierenden kennen die Voraussetzungen für die wichtigsten Hinzurechnungen der Entgelte für Schulden, der Renten und dauernden Lasten sowie der Miet- und Pacht aufwendungen. <sup>(3)</sup> Die restlichen Hinzurechnungen kennen die Studierenden im Überblick. <sup>(1)</sup>	<b>3 Gewerbeertrag als Bemessungsgrundlage</b> § 7 GewStG	
	3.1 Gewinn lt. EStG/KStG als Ausgangsgröße	1
	3.1.1 Besonderheiten bei Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinnen	
	3.1.2 Besonderheiten bei Entschädigungen	
	3.2 Hinzurechnungen § 8 GewStG	3
	3.2.1 Finanzierungsanteile	
	3.2.2 Gewinnanteile aus Beteiligungen	

Lernziele	Lehrinhalt	LVS
<p>Die Studierenden können die wichtigsten Kürzungen des Gewerbeertrags für betrieblichen Grundbesitz und Gewinnen aus Beteiligungen sicher bestimmen.<sup>(3)</sup></p> <p>Sie beherrschen den gewerbesteuerlichen Zuwendungsabzug<sup>(3)</sup> und haben einen Überblick über die übrigen Kürzungsvorschriften.<sup>(1)</sup></p>	<p>3.2.3 Andere Zurechnungen (Hinweis)</p> <p>3.3 Kürzungen § 9 GewStG</p> <p>3.3.1 Betrieblicher Grundbesitz</p> <p>3.3.2 Gewinnanteile aus Beteiligungen</p> <p>3.3.3 Zuwendungen</p> <p>3.3.4 Andere Kürzungen (Hinweis)</p>	<p>3</p>
<p>Die Studierenden kennen die Berechnungsschritte zur Ermittlung der Gewerbesteuermesszahl und des Gewerbesteuermessbetrags sicher;<sup>(3)</sup> sie haben einen Überblick über die Verlustbehandlung und Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags.<sup>(1)</sup></p>	<p><b>4 Festsetzung</b> § 14 GewStG</p> <p>4.1 Erhebungszeitraum</p> <p>4.2 Steuermesszahl und Steuermessbetrag § 11 GewStG</p> <p>4.3 Hebesatz</p> <p>4.4 Gewerbeverlust (Hinweis)</p> <p>4.5 Zerlegung (Hinweis)</p>	<p>1</p>
	<p><b>5 Überblick über Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb nach § 35 EStG</b></p>	<p>1</p>
	<p><b>6 Übungsfälle zum Lehrstoff (Tz. 1- 4)</b></p> <p>Die Lehrinhalte werden unterstützt durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- unterrichtsbegleitende ARBEITSBLÄTTER mit Übersichten, Beispielen und Aufgaben</li> <li>- gesonderte ÜBUNGSAUFGABEN zur Verarbeitung behandelter Lerninhalte</li> <li>- eigenständig zu bearbeitende HAUSAUFGABEN zur Vertiefung der behandelten Lehrinhalte</li> </ul>	<p>2</p>